
Populismus, Eliten und Demokratie

Eine ideengeschichtlich-politiktheoretische Erkundigung

Herfried Münkler



Prof. Dr. Herfried Münkler, geb. 1951 in Friedberg (Hessen); Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik; Promo-

tion 1981, Habilitation 1987. Von 1982–1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main; anschließend Vertretungsprofessur dort. Seit 1992 Inhaber des Lehrstuhls Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften; zahlreiche Gastprofessuren.

Abstract

Populism is a collective term summarizing different strategies for the mobilization as well as the pacification “of the people”. These strategies have in common that the elites no longer trust themselves to be able to solve the emerged problems without the participation of the people. However, the form of this participation is different from case to case. It can lead to the creation of democracy (ancient Athens), to the institutionalization of the people’s tribune (ancient Rome), to the rule of individuals (tyranny) but also to an only sporadic participation of the people in political decisions. Generally, populism is marked by an anti-institutional and anti-procedural affect as well as a strong elitist and avant-gard consciousness. Particularly the revolutionary movements of the 19th and 20th century sharply closed themselves off from populism and contributed to the predominantly negative use of the term. Which connotations social sciences and media studies apply to the term nowadays, essentially depends on the idea of democracy of the person using the term. Nonetheless, political science should not abandon the term, but, instead, use its ambivalences analytically.

I. Populismusdefinition und Demokratietheorie

Für den Heidelberger Politikwissenschaftler Dieter Nohlen, Mitherausgeber des im Fach maßgeblichen „Lexikons der Politikwissenschaft“, ist Populismus ein „mehrdeutig verwendeter Begriff mit extrem unterschiedlicher Bewertung“:¹ Während einige Kommentatoren und Wissenschaftler populistisch agierende Politiker und ihre Parteien als einen unabtrennbaren Bestandteil der Demokratie ansehen, ja, sie geradezu als Revitalisierungsmechanismus von Demokratien begreifen, ist für andere der Populismus ein Indikator von Krisen der Demokra-

1 Dieter Nohlen, Populismus. In: Lexikon der Politikwissenschaft, hg. von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze, München 2007, Band 2, S. 735.

tie, ein Zeichen dafür, dass der demokratische Betrieb in Schwierigkeiten geraten und die Orientierung an demokratischen Werten und Normen fragil geworden ist. Dabei gehen letztere davon aus, dass Demokratien durch das Auftreten populistischer Parteien nicht gekräftigt und erneuert, sondern nur noch tiefer in die Krise gestürzt werden.

Offensichtlich hängen Definition und Bewertung des Populismus in hohem Maße von der jeweiligen Konzeption der Demokratie ab, mit der die Kommentatoren und Wissenschaftler arbeiten. Wer klären will, was in der öffentlichen Debatte unter Populismus verstanden wird – und das ist etwas anderes als eine Definition des Populismus in der Manier Max Webers: „Populismus soll heißen“ –, der muss sich mit dem expliziten wie impliziten Demokratieverständnis derer befassen, die den Populismusbegriff verwenden. Dabei stellt sich heraus, dass populistische Bewegungen und populistische Politiker um so eher negativ wahrgenommen und beurteilt werden, je normativ anspruchsvoller die Demokratiekonzeption des Urteilenden ist, wohingegen normativ weniger anspruchsvolle, stärker prozedural angelegte oder bloß formal bestimmte Demokratievorstellungen dazu tendieren, populistischen Strömungen im Kampf um Wählerstimmen dasselbe Recht zuzugestehen wie politischen Parteien mit ausgearbeiteter Programmatik und einer langjährigen Regierungsverantwortung, in der sie darum bemüht waren, die dem Wähler gegebenen Versprechen in konkrete Politik umzusetzen. Beides, politische Programmatik wie Regierungsverantwortung, gelten im Allgemeinen als Heilmittel gegen die „populistische Versuchung“, also gegenüber leichtfertigen Versprechungen, die in sich widersprüchlich und kaum in praktische Politik umzusetzen sind. Sehen wir uns die unterschiedlichen Bewertungen des Populismus auf der Grundlage der jeweiligen Demokratievorstellungen genauer an.

In der *ökonomischen Demokratietheorie*, wie sie Joseph Schumpeter und Anthony Downs ausgearbeitet haben,² ist Demokratie durch den Kampf um die Mehrheit der Wählerstimmen definiert, und die Regeln dieses Kampfes sind weit gefasst. Selbstverständlich sind Zwang und Gewalt ausgeschlossen, aber sonst ist eigentlich alles zulässig, da beispielsweise die Ächtung „betrügerischer Wahlversprechen“ (ein Vorwurf, der häufig gegen populistische Gruppierungen erhoben wird) eine Instanz voraussetzen würde, die verbindlich festlegt, was Wähler-Betrug ist und was nicht. Die Einrichtung einer solchen Instanz würde nicht nur auf eine Beschränkung des Angebots an Wahlmöglichkeiten hinauslaufen, sondern die Parteien auch einer Aufsicht bzw. Zensur unterwerfen, die politische Aussagen und Zielsetzungen als zulässig und unzulässig evaluiert. Auch wenn in Deutschland dem Bundesverfassungsgericht durchaus eine Oberaufsicht über den Parteienstaat zukommt, insofern es das Recht zum Verbot politi-

2 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen 1987, S. 427 ff.; sowie Anthony Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968. Vgl. Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien. Eine Einführung*, Opladen 2000, S. 197–226.

scher Parteien wegen verfassungswidriger Strukturen und Zielsetzungen hat, wird damit doch die Dimension dessen, was als Populismus bezeichnet wird, nicht erfasst. Im Umkehrschluss heißt das, dass sämtliche Parteien die Möglichkeit haben, mit populistischen Parolen und Zielsetzungen aufzutreten, und dass, wenn sie es nicht tun, dies taktische, aber keine verfassungsrechtlichen Gründe hat. Der Vorwurf des Populismus ist hier also Bestandteil des politischen Kampfes, den die Parteien um Wählerstimmen führen. Aus der Sicht der ökonomischen Demokratietheorie ist das Auftreten mit populistischen Versprechungen ein Werben um Wählerstimmen, dem der gegen den politischen Konkurrenten gekehrte Vorwurf des Populismus gegenübersteht, durch den dessen Solidität und Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird. Man bietet dem in der ökonomischen Demokratietheorie als Konsumenten begriffenen Wähler Produkte an, unter denen dieser nach seinen jeweiligen Präferenzen auswählt, und die Konkurrenten dieser Produkte äußern sich negativ über deren Qualität und warnen vor ihnen. Parteien, die mit populistischen Parolen auftreten, setzen dabei eher auf kurzfristige Wählerorientierungen, womöglich auch auf Stimmungen und Ressentiments, während Parteien, die gegenüber populistischen Parolen Distanz wahren, eher die längerfristigen Interessen und Orientierungen der Wähler bedienen und den Reputationsverlust scheuen, der bei bestimmten Gruppen mit einer populistischen Politik verbunden ist.

Welches dieser alternativen Produktdesigns bei Wahlen die Mehrheit erlangt, hängt der ökonomischen Demokratietheorie zufolge von der zeitlichen Reichweite der in der Wahlbevölkerung vorherrschenden politischen Perspektiven ab, die ihrerseits wiederum mit den politischen Konstellationen und ökonomischen Verhältnissen in einem engen Zusammenhang stehen. In der Begrifflichkeit Reinhart Kosellecks³ könnte man sagen, dass populistische Parolen für politische Parteien dann besonders attraktiv sind, wenn der „Erwartungshorizont“ der Wahlbürger unmittelbar an deren „Erfahrungsraum“ angrenzt, wohingegen populistisches Agieren weniger attraktiv ist, wenn sich der Erwartungshorizont deutlich vom Erfahrungsraum abhebt und die Wähler darüber nachdenken, was der beste und zuverlässigste Weg sein könnte, um diesem fernen Erwartungshorizont schrittweise näherzukommen. Daraus lässt sich schlussfolgern: Wo populistische Parolen Gehör finden, sind längerfristig angelegte Zukunftsperspektiven erodiert oder haben in den entsprechenden Sozialmilieus nie eine größere Rolle gespielt. Dementsprechend stellen sich die politischen Parteien auf, und selbstverständlich beschäftigen sie sich dabei mit der Frage, ob eine Erosion längerfristiger Perspektiven ihre (Stamm-)Wählerschaft betrifft, ob sie sich im Wesentlichen auf die Klientelen anderer Parteien beschränkt oder ob sie womöglich sozial so unspezifisch ist, dass sie wie eine Welle die gesamte Bevölkerung erfasst. Dementsprechend unterschiedlich gehen die Parteien mit der „populisti-

3 Reinhart Koselleck, ‚Erfahrungsraum‘ und ‚Erwartungshorizont‘ – zwei historische Kategorien. In: ders. (Hg.), *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1979, S. 349–375.

schen Versuchung“ um, und nach Auffassung der ökonomischen Demokratietheorie ist daran nicht das Geringste auszusetzen. Der Einsatz populistischer Versprechungen ist in dieser Sicht eine zulässige Werbung um Wählerstimmen.

Völlig anders stellt sich der Populismus aus der Perspektive *normativ angelegter Demokratietheorien* dar, in denen Demokratie, um eine zur Zeit vieldiskutierte Variante dieser Theorien aufzugreifen, als eine Form vernünftigen Argumentierens begriffen und erwartet wird, dass sich in deren Foren letztlich der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ durchsetzen werde.⁴ Hier ist der Populismus, in welcher Gestalt auch immer er auftritt, ein Einbruch von Irrationalität und Unvernunft, den es abzuwehren gilt. Da freilich mit den Mitteln der Vernunft einer so identifizierten Unvernunft nicht beizukommen ist und gegen bloße Stimmungen dem besseren Argument alle Zwangsmittel fehlen, wird die Auseinandersetzung mit Populismen in der Perspektive der deliberativen Demokratietheorie häufig zum Lamento, das sich über die Krisen der Demokratie und den Verlust der politischen Vernunft ereifert, aber den Populismus weder in seinen Ursachen noch in seinen Effekten zu erfassen vermag.

Ein Beispiel für das Versagen der deliberativen Demokratietheorie vor der Herausforderung des Populismus stellt das von Hauke Brunkhorst vorgeschlagene dreistufige Modell der Demokratieevolution dar:⁵ Auf die antike Demokratie, die auf der direkten Beteiligung tugendhafter Bürger an den politischen Entscheidungen beruhte, folgte die von Brunkhorst so bezeichnete „Verfassungsrevolution des 18. Jahrhunderts“, in deren Folge „das Volk“, also dieser für populistische Parolen stets anfällige Politikakteur, durch Normen und Verfahren domestiziert wurde. In der dritten Etappe der Demokratieevolution schließlich, den „postnationalen Konstellationen“, gibt es diesen *populus per definitionem* nicht mehr, sondern nur noch vernünftige Individuen, die vermittelt elektronischer Medien miteinander kommunizieren. Staat und Nation als Bezugsrahmen des Politischen sind verschwunden und durch gänzlich neue Zugangsvoraussetzungen zur Agora vernünftigen Argumentierens ersetzt worden.

Es bleibt jedoch unklar, worin diese neuen Zugangsvoraussetzungen bestehen und wer über sie verfügt. Unterstellt, alle Welt sei im deliberationstheoretischen Sinn vernünftig geworden, so bildet die Kontrolle dieser Zugangsvoraussetzungen kein großes Problem; teilt man diese Voraussetzung jedoch nicht – und die Beobachtung populistischer Bewegungen ist gerade aus der Sicht der deliberativen Demokratietheorie ein gravierender Einwand gegen diese Unterstellung –, so hat die nur auf die Vernünftigkeit der Argumentation begründete Demokratie ein Problem: Populismus ist dann eine Regression, die den evolutiven Fortschritt der Demokratie fundamental gefährdet. Nimmt dieser Typus

4 Zur Konturierung der deliberativen Demokratietheorie in Absetzung von liberalen und republikanischen Konzeptionen der Demokratie vgl. Jürgen Habermas, *Drei normative Modelle der Demokratie*. In: ders., *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt a. M. 1996, S. 277–292.

5 Hauke Brunkhorst, *Demokratie und Differenz. Vom klassischen zum modernen Begriff des Politischen*, Frankfurt a. M. 1994.

einer normativen Demokratietheorie seine zentralen Annahmen ernst, so müssen die Zugangsvoraussetzungen zur politischen Agora scharf kontrolliert werden, um die eindringende Unvernunft unter Kontrolle zu halten. Gegen die undisziplinierten Zwischenrufe des Populismus kann sich eine auf Argumentation angelegte Vernunft nur durch Platzverweise behaupten. Weil die deliberative Demokratie zwecks Abwehr populistisch-unvernünftiger Zwischenrufe gezwungen ist, ihrerseits auf unvernünftige Zwangsmittel zurückzugreifen, vermag sie populistische Bewegungen nur als eine bedrohliche Regression zu begreifen, die sie zwingt, auf Mittel zurückzugreifen, die auf dieser Evolutionsstufe, in der die Aufklärung angeblich zum Abschluss gekommen ist, eigentlich nicht mehr vorgeesehen sind. Der regressive Populismus zwingt die deliberative Demokratie also selbst in die Regression.

Aus Sicht der deliberativen Demokratietheorie ist der Populismus bestenfalls eine nicht argumentationsfähige Anzeige von Fehlentwicklungen; die Ursachen und Zusammenhänge dieser Fehlentwicklungen können von den populistischen Bewegungen selbst jedoch nicht begriffen werden; dazu bedarf es der Experten, deren Beobachtungen und Hinweise dann in der Agora vernünftigen Argumentierens evaluiert werden. So legt das Auftauchen populistischer Bewegungen die kryptopaternalistische Seite der deliberativen Demokratiekonzeption offen, und unter der Hand verwandelt sich die Demokratie des vernünftigen Argumentierens in eine Aristokratie von Deliberationsvirtuosen, die unvernünftige Populisten aus den Arenen der politischen Partizipation verbannen, weil diese mit unfairen Mitteln agieren. Die heikle Frage bei diesem Ausschluss der „Unvernunft“ lautet freilich, wer mit welcher Legitimation und welchen Begründungen festlegt, was vernünftig und was unvernünftig sei. Weil darüber unter den politischen Akteuren kein Konsens erzielt werden kann, denn selbstverständlich werden die populistischen Bewegungen ihre Zwischenrufe nicht als Äußerungen der Unvernunft bezeichnen, sondern darauf bestehen, dass sie gerechtfertigt und also auch vernünftig seien, entwickelt sich darüber ein Machtkampf, in dem die Aristokratie, wenn sie sich behaupten will, zur Oligarchie wird: Sie schließt eine Reihe potentieller Teilnehmer vom Spiel mit dem „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ aus und nimmt dabei in Kauf, dass die Ausgeschlossenen diese Maßnahme weder nachvollziehen können noch akzeptieren werden. Der Populismus ist für die deliberative Demokratietheorie darum so unangenehm, weil er – und sei es bloß im Gedankenexperiment – das Illusorische einer allein auf vernünftiger Argumentation beruhenden Politik desavouiert.

Dass sich Politik als Machtkampf darstellt, in dem nicht nur die Überzeugungskraft von Argumenten, sondern auch bloße Behauptungen und gelegentlich sogar schamlosen Parolen ausschlaggebend sind, stellt für die *partizipatorische Demokratietheorie*, die hier als dritte Variante zu nennen ist, kein größeres Problem dar.⁶ Für sie ist bei der Definition der Demokratie die Chance zur Teil-

6 Zur partizipatorischen Demokratietheorie vgl. Schmidt, *Demokratiethorien*, S. 251–268.

habe am politischen Prozess ausschlaggebend, und diese aktive Teilhabe tritt an die Stelle dessen, was in der deliberativen Demokratietheorie die Vernunft bzw. die Fähigkeit zu vernünftigem Argumentieren darstellt. Durch seine aktive Beteiligung an Beratung, Entscheidung und schließlich Implementierung des Beschlossenen erlangt der Bürger jene Kompetenz, die wiederum die Voraussetzung dafür ist, dass er seine Interessen und Überzeugungen, seine Präferenzen und Wertungen ins Spiel der Politik einbringen und darin geltend machen kann. Partizipation löst hier das zentrale Problem der Demokratie, nämlich die permanente Reproduktion von Fähigkeiten, ohne die eine Demokratie auf Dauer keinen Bestand hat. Die partizipatorische Demokratietheorie ist darin normativ anspruchsvoller als die am Konsumentenmodell orientierte ökonomische Demokratietheorie, aber sie ist zugleich sehr viel robuster als die deliberative Demokratietheorie gegenüber allen Formen des Nicht-Argumentativen. Die Voraussetzung, die sie geltend macht, verspricht sie durch die Beteiligung am politischen Prozess selbst hervorzubringen, d. h. sie kommt ohne Kontrolle dieser Voraussetzung als Zugangsberechtigung zur politischen Agora aus.

Im Zentrum der partizipatorischen Demokratietheorie steht also die bürgerschaftliche Kompetenz bzw. der kompetente Bürger,⁷ und von dieser Anforderung her wird in diesem Demokratiemodell auch die Frage des Populismus beurteilt: Dient er, unmittelbar oder indirekt, kurzfristig oder auch über längere Zeiträume, der Hervorbringung kompetenter Bürger oder schadet er ihr bzw. blockiert sie sogar? Unter dieser Fragestellung kommt es aus Sicht der partizipatorischen Demokratietheorie zu einer Differenzierung des Populismus in jene Strömungen, die in populistischen Zwischenrufen ihren Anfang nehmen, sich dann aber auf politische Partizipation einlassen, um ihrem jeweiligen Anliegen Geltung zu verschaffen, und auf diese Weise dem politischen Prozess neue Partizipanten zuführen, und in jene Populisten, die sich politischer Partizipation grundsätzlich verweigern. Erstgenannte lassen sich in der partizipatorischen Politiktheorie als Erneuerer und Regeneratoren der Demokratie begreifen; sie sorgen dafür, dass sich die politische Klasse, also die Gruppe derer, die professionell oder semiprofessionell mit den politischen Angelegenheiten befasst ist,⁸ nicht gegenüber der Bevölkerung bzw. dem Volk als nominellem Souverän ver selbstständigt und nur noch ihrer eigenen Agenda folgt.

Da die Verselbstständigung der politischen Klasse ein Problem aller Demokratien ist, für das die partizipatorische Demokratietheorie eine besondere Sen-

7 Zu Konzeptionen bürgerschaftlicher Kompetenz vgl. Herfried Münkler, Der kompetente Bürger. In: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Baden-Baden 1997, S. 153–172; weiterhin Jürgen Gebhardt, Die Idee des Bürgers. In: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen 1996 (= PVS-Sonderheft 26), S. 349–361, sowie Hubertus Buchstein, Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz. In: Beyme/Offe, Politische Theorien, S. 295–324.

8 Vgl. Klaus von Beyme, Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt a. M. 1993.

sibilität entwickelt hat,⁹ kann dem Populismus bzw. einem bestimmten Teil populistischer Bewegungen hier eine lebenswichtige Funktion für die Nachhaltigkeit der Demokratie zugesprochen werden. Um so schärfer kritisiert und verurteilt werden hingegen jene Strömungen des Populismus, die sich prinzipiell von allen Formen politischer Partizipation fernhalten, weil sie befürchten, dass dann die Unrealisierbarkeit ihrer Forderungen schnell zutage treten und die Bewegungen „entzaubert“ würden. Das ist vor allem bei jenen Bewegungen der Fall, die im Wesentlichen aus einem „Volkstribunen“ und seiner Anhängerschaft bestehen, denen also, erstens, das Personal fehlt, um qua politische Partizipation eine Rolle zu spielen, und bei denen, zweitens, die Räson der Bewegung darauf hinausläuft, das Charisma des Tribunen vor seiner Aufzehrung durch einen verfahrensförmigen Politikprozess und den Zwang zum Erfolg in der politischen Praxis zu schützen. Partizipationsverweigerung ist die Überlebensbedingung dieses Typs populistischer Bewegungen, und insofern trägt sie aus Sicht der partizipatorischen Demokratietheorie nichts zur Festigung der Demokratie bei, sondern fügt ihr bloß Schaden zu.

Die unterschiedliche Bewertung des Populismus, die Nohlen als dessen Definitionsmerkmal herausgestellt hat, ist also nicht zuletzt eine Folge der jeweiligen Vorstellung von Demokratie; die ihr zugeschriebenen Merkmale, Funktionsbedingungen und Gefährdungen führen dazu, dass der Populismus unterschiedlich, mitunter gegensätzlich beurteilt wird. Man kann also über Populismus nicht sinnvoll sprechen, ohne gleichzeitig die Frage nach den Voraussetzungen, Stabilisierungsmechanismen und Bedrohungen der Demokratie zu stellen.¹⁰ Je nachdem, wie diese wahrgenommen, beurteilt und konzeptualisiert werden, werden auch die verschiedenen populistischen Bewegungen – bzw. der Populismus als Kollektivsingular – beurteilt.

9 In der ökonomischen und der deliberativen Demokratietheorie spielt das Problem der Verselbstständigung der politischen Klasse dagegen keine große Rolle.

10 Während der Ost-West-Konfrontation ist die Bedrohung der Demokratie als wesentlich von außen kommend gedacht worden, und wenn von inneren Bedrohungen die Rede war, handelte es sich zumeist um Ableger der äußeren Bedrohungen. Diese konzeptionelle Externalisierung von Gefährdung und Bedrohung hat sich inzwischen gewandelt, und die Selbstgefährdung der Demokratie durch die Dauer ihres Betriebs, ein altes republikanisches Thema, ist inzwischen vermehrt in den Blick getreten; vgl. dazu André Brodocz/Marcus Llanque/Gary S. Schaal (Hg.), *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden 2008.

II. Revolutionäre Avantgarden, populistische Volkstribunen und die Frage des Staatsbankrotts

Mit Blick auf die negativen Beurteilungen des Populismus hat Nohlen auf dessen Nähe zur Demagogie bzw. seine Vorliebe für demagogische Parolen hingewiesen.¹¹ Auch hier stoßen wir auf eine demokratietheoretische bzw. demokratiegeschichtliche Hintergrundannahme, wonach die Demagogen im klassischen Athen eher Volksverführer als Volksführer gewesen seien. Wie auch immer dies im Einzelfall gewesen sein mag – mit der Klassifikation der Volksführer als Volksverführer, wie sie in der Demagogensemantik seit dem 19. Jahrhundert zum Ausdruck kommt, wird eine bestimmte Vorstellung von Demokratie zugrundegelegt, in der nicht so sehr der Machtkampf zwischen sozialen Gruppierungen und politischen Faktionen, sondern die rechtsgebundene Regelmäßigkeit der politischen Entscheidungsprozesse, ihre Bindung an übergeordnete Werte und Normen und schließlich das Geltendmachen langfristiger Interessen anstelle kurzfristiger Stimmungen als wesentliche Merkmale der Demokratie herausgestellt werden. Historisch war das, was Brunkhorst als die „Verfassungsrevolution des 18. Jahrhunderts“ bezeichnet hat, die Voraussetzung dafür, dass sich das liberale Bürgertum mit der Demokratie anfreunden konnte und sie nicht länger als Parteidiktatur der armen und unvernünftigen Masse abgelehnt hat.

Für den Liberalismus war eben nur eine Demokratie ohne Demagogen, eine Volksherrschaft ohne Volksführer als demokratische Ordnung akzeptabel. Indem die Demokratie an die Kette der Verfassung gelegt wurde, wurde sie zugleich gegen die als „unvernünftig“ rubrizierten Willensäußerungen des Volkes – und das hieß hier vor allem der unteren Klassen und Schichten – abgesichert. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie, der im Gefolge der Bismarckschen Reichsgründung von 1871 einsetzte, stand ganz im Zeichen dieser Zurückweisung des „Volkes“ und seiner Anführer. Die Gebildeten und Begüterten waren durchaus für größere politische Partizipationsrechte und für eine Beschränkung der Macht des Königs sowie der Vorrangstellung des Adels, aber nur so lange, wie das nicht darauf hinauslief, dass die „Massen“ in die Politik hineindrängten und dort an die Schalthebel der Macht gelangten.¹² In einigen jüngeren negativen Apostrophierungen des Populismus zeigt sich diese alte Angst vor den Massen und der ihnen zugeschriebenen Unvernunft, die gezähmt werden muss. Die Demokratie konnte (und kann), so die Grundannahme der deliberativen Demokratietheorie, erst dann funktionieren, wenn die Massen durch einen nachhaltigen Individualisierungsprozess hindurchgegangen sind, sie

11 Nohlen, *Populismus*, S. 735.

12 Zur Furcht vor den Massen und zu den Möglichkeiten ihrer Beherrschung, bei denen auch die Idee populistischer Führung immer wieder auftaucht, vgl. Serge Moscovici, *Das Zeitalter der Massen. Eine historische Abhandlung über die Massenpsychologie*, Frankfurt a. M. 1986.

also nicht mehr als Massen, sondern als Aggregationen reflektierter Einzelner auftreten. In Hauke Brunkhorsts dreistufigem Evolutionsmodell der Demokratie ist diese Erwartung in Gestalt geschichtstheoretischer Annahmen gut erkennbar. Nicht massenhaftes Auftreten, sondern vernünftiges Kommunizieren und Argumentieren ist hier die Zugangsvoraussetzung zu den Foren der Demokratie. Die partizipatorische Demokratietheorie dagegen setzt auf „Entmassung“ durch politische Partizipation. Partizipation ist für sie der bevorzugte Mechanismus bei der „Entzauberung“ der Demagogen, während die ökonomische Demokratietheorie darauf vertraut, dass Produkte, die nicht halten, was sie versprechen, nicht mehr „gekauft“ werden und infolgedessen nach einiger Zeit aus dem Angebot verschwinden. Der antidemagogische Affekt zeigt die tiefen Vorbehalte der liberalen Demokratie, der letztlich alle drei Demokratietheorien zuzurechnen sind, gegenüber den Massen. Mit den Massen verbindet sich fast immer eine Vorstellung von Revolte und Rebellion, die von bloßer Verweigerung bis zu gewaltsamer Zerstörung und politischem Umsturz reicht. Diese Erscheinungen werden zumeist als Formen sozialer wie politischer Unvernunft begriffen.

Und doch unterscheidet sich – bei einigen Ähnlichkeiten – die Distanz gegenüber dem Populismus, die das massenpsychologisch inspirierte Projekt einer Nutzung des Populismus zwecks Steuerung der Massen einschließt, von der Furcht vor der Revolteneigung, wenn nicht Revolutionsdisposition der Massen, wie sie im 19. und 20. Jahrhundert vorgeherrscht hat. Wurde der Populismus damals als ein probates Instrument zur Bekämpfung der rebellischen bis revolutionären Dispositionen der Massen angesehen, so wird er seit dem Schwinden dieser Dispositionen selbst als bedrohlich, zumindest jedoch als peinlich angesehen. Tatsächlich ist populistische Rhetorik etwas grundsätzlich anderes als politische Agitation, wie sie von den revolutionären oder pseudorevolutionären Parteien des 19. und 20. Jahrhunderts betrieben worden ist. Insofern sind weder der Faschismus noch der Nationalsozialismus dem Populismus zuzurechnen. Der Agitator treibt voran, setzt etwas, das seiner Auffassung nach eher träge ist, in Bewegung und bringt seine politischen Vorstellungen und Ziele ins Volk. Der Agitator ist immer auch ein Erzieher des Volkes, und er treibt es dort hin, wohin es aus eigener Kraft den Weg nicht schaffen würde. Der Agitator steht zum Volk wie die Elite zu Masse; er gibt sich vielleicht als einer aus dem Volk aus, aber in seinem Tun wie Reden geht er zum Volk auf Distanz, indem er es antreibt oder ihm vorangeht. Noch im Selbstverständnis linker politischer Parteien als Avantgarde kommt diese Distanz zum Ausdruck. Die Rhetorik des Populismus dagegen greift auf, was dem Volk gerade „auf den Fingernägeln brennt“, sie spürt dem augenblicklichen Willen des Volkes, seinen Bedürfnissen und Ängsten nach und sucht diese zum Ausdruck zu bringen – jedenfalls behauptet sie das von sich. Der Populismus versteht sich nicht als Erzieher des Volkes; im Gegenteil: das ist ein Vorwurf, den er gegen die etablierten Parteien erhebt, wenn er ihnen vorhält, sich zu sehr an abstrakten Vorstellungen und zu wenig an den konkreten Wünschen der Bevölkerung zu orientieren. Die populistischen Anführer recht-

fertigen ihr Engagement damit, dass die etablierten Parteien sich vom Volk entfernt hätten und es ihre Aufgabe sei, dem Volk wieder eine Stimme zu verleihen.

In dieser Hinsicht ist der revolutionäre Agitator das Gegenteil des populistischen Tribünen, von dem es in einem Vers der „Internationale“ heißt, er könne die Arbeiterschaft ebenso wenig retten wie ein Gott oder ein Kaiser. Wie der Demagoge ist auch der Volkstribun eine immer wieder mit dem Populismus assoziierte Figur der Politik; während die Konservativen und Liberalen dem Demagogen vorwerfen, er verführe das Volk, halten die Parteien der politischen Linken dem „Volkstribunen“ vor, er benutze das Volk bloß für seine eigenen Ziele und Zwecke und bringe es nicht voran. Im Rahmen der Marx'schen Theorie lässt sich die revolutionsblockierende Rolle des Populismus wie des Tribünenentums folgendermaßen beschreiben: Nachdem die Kritik der Religion und der ihr verwandten Ideologien die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in der Gesellschaft sichtbar gemacht hat, suchen die alten Eliten ihre Position mit Schmeicheleien und kleinen Wohltaten zu retten. Das Kleinbürgertum fällt auf diese Täuschungsversuche herein, während sich ein selbstbewusstes und von seiner historischen Mission überzeugtes Proletariat, so Marx' Überzeugung, dadurch nicht irritieren lässt. Diese Immunisierung des Proletariats gegenüber populistischen Parolen gelingt Marx theoretisch jedoch nur um den Preis, das er das „Lumpenproletariat“ von ihm abtrennt, zu dem er all jene unterbürgerlichen Elemente rechnet, die im Reproduktionsprozess der Gesellschaft keine Rolle spielen. In seiner Analyse der Konstellationen, wie sie in Frankreich nach der Revolution von 1848 und dem Sturz der orleanistischen Monarchie entstanden sind, hat Marx vor allem einen politischen Akteur beschrieben, den wir heute als populistischen Tribünen bezeichnen würden:¹⁵ Louis Bonaparte, der Neffe des großen Napoleon, der sich nach seiner Kaiserkrönung im Jahre 1851 Napoleon III. nannte, machte Versprechungen, die einen Teil der Revolutionäre auf seine Seite ziehen sollten. Das Lager der Revolution, das beim Sturz der Monarchie noch relativ einheitlich gewesen war, spaltete sich entlang unterschiedlicher Interessen, aber auch divergierender Leitvorstellungen und Gesichtsperspektiven, wie sie oben anhand der Koselleckschen Unterscheidung zwischen „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ beschrieben worden sind: Wer über keinen sich von der Gegenwart unterscheidenden Erwartungshorizont verfügte, ließ sich auf die Versprechungen Louis Bonapartes ein und unterstützte seinen politischen Aufstieg. Nur das Proletariat blieb, Marx zufolge, diesen Schmeicheleien und Versprechungen gegenüber immun, war aber nicht stark genug, um sich gegen den von Bonaparte formierten politischen Block durchsetzen zu können.

Die Pointe der Marx'schen Analyse eines Populismus à la Louis Bonaparte besteht darin, dass der Populismus auf eine Politik des Schuldenmachens hinaus-

15 Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEW, Band 8, Berlin (Ost) 1975, S. 111–207.

läuft, die zwangsläufig im Staatsbankrott endet. Marx' Resümee der Politik Louis Bonapartes lautet: „Geld geschenkt und Geld gepumpt zu erhalten, das war die Perspektive, womit er die Massen zu ködern hoffte. Schenken und Pumpen, darauf beschränkt sich die Finanzwissenschaft des Lumpenproletariats, des vornehmen und des gemeinen. Darauf beschränken sich die Sprungfedern, die Bonaparte in Bewegung zu setzen wusste. Nie hat ein Prätendent platter auf die Platitude der Massen spekuliert.“¹⁴ Die finanzielle Scharlatanerie, die Marx als den finanzpolitischen Kern des bonapartistischen Populismus identifiziert, kommt für Marx freilich nicht von ungefähr, sondern erwächst aus dem Lebensstil seines Anführers selbst: „Und in Bonaparte verschmolz der kaiserliche Prätendent so innig mit dem heruntergekommenen Glücksritter, dass die eine große Idee, er sei berufen, das Kaisertum zu restaurieren, stets von der andern ergänzt ward, das französische Volk sei berufen, seine Schulden zu zahlen.“¹⁵ Marx generalisierend, könnte man sagen, Populismus sei die „Strategie einer Politik auf Pump“, die, wenn es schließlich doch ans Zahlen gehe, zwangsläufig in sich zusammenbrechen müsse.

Kleinbürgertum, Lumpenproletariat und Parzellenbauern, die bei weitem größte Klasse der französischen Gesellschaft, waren Ende der 1840er Jahre jedoch bereit, den Versprechungen Louis Bonapartes Glauben zu schenken und ihn zuerst zum Präsidenten der zweiten Republik zu wählen und ihm dann bei der Wiedererrichtung des napoleonischen Kaisertums zu folgen. Das ist für Marx umso bemerkenswerter, als sich die sozio-politischen Interessen dieser Klassen deutlich voneinander unterscheiden. Populismus ist diesem Ansatz zufolge also eine Form politischer Führung, die nicht an der Ähnlichkeit und Vereinbarkeit der „objektiven Interessen“ ansetzt, sondern die unterschiedlichsten Gruppierungen der Gesellschaft politisch amalgamiert, um auf der Grundlage dieser äußerst fragilen, darum aber auch kurzlebigen Koalition eine Person und deren Entourage an die Macht zu bringen, wo diese sich dann auf Dauer einzurichten versuchen. Das ist ein Modell, das sich für die Analyse des lateinamerikanischen Populismus und den Aufstieg der Caudillos eignet. Marx war freilich davon überzeugt, dass die Politik des Schuldenmachens, die erforderlich sei, um die unterschiedlichen Versprechungen, die gemacht worden waren, einzuhalten und die verschiedenen Schichten und Interessengruppen als politische Gefolgschaft bei der Stange zu halten, mit Notwendigkeit auf den Staatsbankrott zulief und die einzige Chance, dem zu entgehen, in einer imperialistischen Außenpolitik und dem Krieg als Begleichung der Schulden durch Beutemachen bestand. Im Falle Napoleons III. hat sich diese Prognose bestätigt, während die lateinamerikanischen Caudillos nur in Ausnahmefällen zu einer solchen Politik Zuflucht genommen haben. Der notorischen Überschuldung konnten aber auch ihre Regime nicht entgehen, und die endeten immer wieder im Staatsbankrott.

14 Ebd., S. 154 f.

15 Ebd., S. 150.

Von diesem *Tribunenpopulismus*, der durchaus dynamisch ausgelegt ist, ist ein *Besänftigungspopulismus* zu unterscheiden, der sich in den zurückliegenden Jahrzehnten vor allem in den südeuropäischen Demokratien, zumal denen, die aus dem Sturz einer Diktatur hervorgegangen sind, breit gemacht hat. Auch in ihm haben sich gewählte und zur Wiederwahl stehende Regierungen die Unterstützung der Wählerschaft durch eine Politik der Staatsverschuldung erkaufte. Generell, könnte man sagen, läuft „Populismus an der Macht“ auf eine Politik der Staatsverschuldung hinaus, aber wie die populistisch ausgerichteten Politiker auf den drohenden Staatsbankrott reagieren, hängt von der Staatsform ab, in der sie an die Macht gekommen sind. In seiner *Politeia* hat Platon demokratische Politiker grundsätzlich als Populisten begriffen, für die er den Begriff des „Zuckerbäckers“ verwendet.¹⁶ Wenn das Volk das Sagen habe, bringe es notorisch solche Zuckerbäcker an die Macht, die das Volk mit Süßem und Angenehem fütterten. Die Demokratie unterliege also einem strukturellen Zwang zum Besänftigungspopulismus, durch die der Drang zum Mehrhabenwollen jedoch nur kurzzeitig befriedigt werden könne. Es komme aber darauf an, dass „Diätetiker“ in den Städten die Führung innehätten, weil nur dann innerer Zwist und Krieg nach außen vermieden werden könnten.¹⁷ Für Platon ist die Demokratie eine einzige Prämie auf Populismus, und als Gegenmodell dazu entwickelt er die Philosophenherrschaft, in der die Diätetiker an der Macht sind, die dem Volk geben, was für es gut ist, und nicht, was es in seiner ganzen Unvernunft haben will.

Was Platon der Demokratie in Gänze attestierte – sie sei nicht in der Lage, den „objektiven Interessen“ des Volkes nachzukommen, sondern bediene bloß dessen subjektive Bedürfnisse –, ist für Marx ein Wesensmerkmal der bürgerlichen Herrschaft, die nur mit Betrug und falschen Versprechungen zu retten sei. Dieser „Zwang zum Populismus“ werde jedoch mit der sozialen Revolution verschwinden. Neben der analytischen Funktion kam der Bonapartismus-Analyse im Werk von Marx freilich noch eine andere Funktion zu, nämlich die, seine politischen Prognosen gegen ihre Widerlegung zu immunisieren, und dazu musste sie erklären, warum die im *Kommunistischen Manifest* vorhergesagte soziale Revolution, in deren Verlauf das Proletariat die Macht übernehmen würde, 1848/49 in Frankreich, dem revolutionären Zentrum Europas, nicht eingetreten war. Dass die Revolution in Berlin und Wien gescheitert war, hat Marx nicht so sehr irritiert, denn hier konnte er auf die Stärke der reaktionären Kräfte und die Rolle Russlands als politische Ordnungsmacht in Ost- und Mitteleuropa verweisen. Frankreich jedoch war ein anderer Fall, und so kommt es nicht von ungefähr, dass Marx das Scheitern der europäischen Revolutionen in den Jahren 1848 und 1849, das ihn zu einer weitgehenden theoretischen Neuorientierung

16 Platon, *Politeia*, III. Buch.

17 Dazu Herfried Münkler, *Gegensätzliche Kriegsursachenanalysen. Aristophanes, Thukydides, Platon und die Vernunft der Regierenden*. In: ders., *Über den Krieg*, Weilerswist 2002, S. 19–33.

zwang, an dem für ihn härtesten Brocken, an Frankreich, zu erklären versucht hat. Dabei wird ihm der Bonapartismus – eine Bezeichnung, die Marx auch darum gewählt hat, weil in ihr das Glücksspielerische einer populistisch-tribunizischen Politik zum Ausdruck kommt – zur Erklärung dafür, warum die Polarisierung der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht wie prognostiziert eingetreten ist, sondern sich ein Drittes dazwischengeschoben hat, das den vorhergesagten Gang der Geschichte „aufgehalten“ hat. Der Verweis auf populistische Bewegungen und ihre Anführer war in der marxistischen Theorie eine durchgängige Erklärungsstrategie dafür, warum die längst überfällige Revolution immer noch auf sich warten ließ.

Als Wladimir Iljitsch Lenin seine Thesen über die Arbeiteraristokratie formulierte,¹⁸ stand er vor einem ganz ähnlichen Problem: Laut Marx sollte die Revolution in den ökonomisch fortgeschrittensten Ländern beginnen, aber dort war zu Beginn des 20. Jahrhunderts am wenigsten mit ihr zu rechnen; stattdessen gab es eine brodelnde Revolutionsneigung an der kapitalistischen Peripherie. Wie ließ sich das erklären? Mit Hilfe der Extraprofite, die infolge der imperialistischen Ausbeutung der Peripherie in die kapitalistischen Zentren flössen, so Lenin, sei der Kapitalismus in der Lage, Teilen der Arbeiterschaft Löhne auszahlend, die weit über dem zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft erforderlichen Niveau lägen. Auf diese Weise sei es den Kapitalisten und den mit ihnen verbündeten Politikern gelungen, dem Proletariat seine Revolutionsbereitschaft „abzukaufen“ und die Arbeiterschaft in eine nur noch an Lohnerhöhungen, nicht aber am revolutionären Umsturz interessierte Klasse zu verwandeln. In den Ländern des Westens habe sich im Gefolge des Imperialismus „eine viel stärkere Schicht einer beruflich beschränkten, normierten, selbstsüchtigen, verknöcherten, eigennützigem, spießbürgerlichen, imperialistisch gesinnten und vom Imperialismus bestochenen ‚Arbeiteraristokratie‘ herausgebildet als bei uns [in Russland].“¹⁹

Genauso wenig wie Marx verwendet Lenin an dieser und anderen Stellen den Begriff des Populismus, doch was er im Auge hat und mit dem Bestechungstheorem zu erklären versucht, ist der Übergang von populistischen Versprechungen zu einer tatsächlich populistischen Politik, die materiell einzulösen vermochte, was sie zuvor versprochen hatte, ohne darüber Unternehmen und Staat in den Bankrott zu treiben. Lenin begriff die reformistische Politik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften kurzerhand als die besänftigungspopulistische Variante des tribunizischen Populismus. Der von Marx prognostizierte Staatsbankrott war nicht eingetreten. Die wachsenden Einkommen der Arbeiterschaft in

18 Die These von der „bestochenen Arbeiteraristokratie“ findet sich immer wieder in Lenins Schriften, prominent in: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. In: Lenin, *Ausgewählte Werke*, Berlin (Ost) 1955, Band 1; sowie in: ders., *Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus*. In: Lenin, *Werke*, Band 31; zur Herkunft der Bestechungstheorie bei Lenin vgl. Hans Christoph Schröder, *Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte*, Göttingen 1973, S. 64 f.

19 Lenin, *Der ‚linke Radikalismus‘*, S. 36.

einigen europäischen Ländern waren auch darum eine Herausforderung für die marxistische Theorie, weil sie auf die schrittweise Verelendung der Proletariat gesetzt und davon die Entstehung einer subjektiv revolutionären Situation erwartet hatte. Selbstverständlich hatte man immer damit gerechnet, dass diese Entwicklung durch Versprechungen und Bestechungen kurzfristig aufgehalten werden konnte, aber man ging davon aus, dass es sich dabei um uneinlösbare, also betrügerische Zusagen handelte, so dass diese Form des Populismus scheitern werde. Lenin musste nun erklären, warum dies nicht der Fall war und der Kapitalismus in seinen Zentren die Versprechungen, die er gemacht hatte, tatsächlich einzulösen vermochte. Seine These von der Arbeiteraristokratie, die auf der Grundlage einer durch die imperialistische Ausbeutung der Peripherie möglich gewordenen Auszahlung von Extraprofiten entstanden sein sollte, war im Kern eine Erklärung für den dauerhaften Erfolg einer Politik, die als Populismus doch eigentlich zum Scheitern verurteilt war. Der Populismus, den Marx in seiner Bonapartismusanalyse als Übergangsphänomen bzw. Zwischenphase in der Geschichte des Kapitalismus begriffen hatte, würde für Lenin zu einer permanenten Herausforderung, und Lenin ging so weit, in ihm eine dauerhafte Infragestellung der sozialistischen Revolution zu sehen. Der Erfolg des Populismus zwang zu einer Neuaufstellung der revolutionären Partei.

Von sich aus, so Lenin, vermöge das Proletariat nur eine „trade unionistische“ Perspektive auszubilden, also bloß innerhalb eines, mit Koselleck formuliert, gewerkschaftlichen Erwartungshorizonts zu agieren, und infolge der imperialistischen Extraprofite müsse man damit rechnen, dass dieser Erwartungshorizont in den imperialistischen Zentren der kapitalistischen Welt in reale Erfahrung überführt werden könne. Eine sozialistische Partei, die sich, zumal unter dem Einfluss der Gewerkschaftsführung, auf eine trade unionistische Politik einlasse, der es also nur noch um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gehe, verwandele sich zwangsläufig aus einer revolutionären in eine reformistische Partei. Dem lasse sich nur durch den Aufbau einer Kaderorganisation gegensteuern, die aus „Berufsrevolutionären“ bestehe und darum von einer an der schrittweisen Verbesserung ihrer Lebensbedingungen orientierten Arbeiterschaft unabhängig sei. Die bolschewistische Kaderpartei war – auch – eine Reaktion auf die Herausforderung der Revolutionäre durch das, was man bei einem gewissen Sinn für den analytischen Gehalt selbstwidersprüchlicher Begriffe als „nachhaltigen Populismus“ bezeichnen kann.

Der Sinn des Oxymorons vom „nachhaltigen Populismus“ liegt darin, dass die Dämpfung und Besänftigung der revolutionären Dynamik, die in der Theorie zunächst als von bestenfalls kurzfristiger Wirkung eingeschätzt und darum auch nicht als theoretische Herausforderung angesehen wurde, sich als überaus effektiv und nachhaltig erwiesen hat. Über der Frage, wie darauf zu reagieren sei, kam es zur Spaltung der sozialistischen Bewegungen in Europa in eine reformistische Sozialdemokratie und einen revolutionären Sozialismus, der sich seinerseits wiederum in bolschewistische, spontaneistische und anarchistische

Parteien aufspaltete, die sich untereinander heftig bekämpften. Insofern der bolschewistische Flügel mit dem Erfolg der Oktoberrevolution in Russland und dem Sieg im Bürgerkrieg für siebzig Jahre die Macht über Teile Europas und Asiens erlangte, ist das „Missverständnis“, bei dem die Flexibilität kapitalistischer Gesellschaften als ein bloß kurzfristigen Aufschub bewirkender Populismus begriffen wurde, politisch überaus folgenreich geworden. Der erzieherische Gestus, mit dem gerade die bolschewistischen Parteien gegenüber dem Volk und selbst gegenüber dem Proletariat auftraten, ist nicht zuletzt die Folge des Schocks, den die Erfolge des Populismus in den Reihen der Revolutionäre hinterlassen haben. Demgegenüber ist die Sozialdemokratie dadurch gekennzeichnet, dass sie den Begriff des Populismus sehr viel enger gefasst und auf Betrug und falsche Versprechungen restringiert hat. Ihr Kampf gegen den Populismus besteht im Aufweis der Unrealisierbarkeit, Widersprüchlichkeit und der finanziellen Folgen populistischer Parolen.²⁰

III. Populismus als Antiinstitutionalismus bestimmter Eliten

Populismus, so lassen sich die bislang gemachten Beobachtungen resümieren, ist eine politische Strategie, die vor allem in Krisenzeiten zur Anwendung kommt. Er ist sowohl eine Reaktions- als auch eine Präventionsform bei krisenhaften Entwicklungen der Gesellschaft, wobei dahingestellt bleiben kann, ob sich diese Krisenhaftigkeit auf die ganze Gesellschaft oder nur auf einzelne Klassen und Schichten bezieht und wodurch sie jeweils definiert ist. Auch muss hier nicht zwischen tatsächlichen und bloß vermeintlichen Krisen unterschieden werden. Entscheidend ist vielmehr das Krisenbewusstsein, das sich in Teilen der Gesellschaft ausbreitet und dazu führt, dass in Teilen der Bevölkerung von der Politik eine Reaktion erwartet wird, die beruhigt, Sicherheit gibt und neues Vertrauen schafft. Im genuinen Sinn populistisch – und damit zu unterscheiden von der marxistischen Verwechslung populistischen Zeitgewinns mit der Flexibilität des Kapitalismus – sind dabei Reaktionen, die aus „ungedeckten Schecks“ bestehen, in denen also etwas versprochen wird, was entweder nicht gehalten werden kann oder die das Problem durch Kredit und Verschuldung bloß in die Zukunft verschieben, wo es dann noch größer und seine Bearbeitung dementsprechend schwieriger sein wird.

20 Michael Walzer hat in seinem Buch *Exodus and Revolution* einen leninistischen und einen sozialdemokratischen Strang im Umgang mit den Verfehlungen des Volkes identifiziert, die im Abfall von Gott und der Sehnsucht nach den „Fleischtöpfen Ägyptens“ besteht. Man könnte auch von den „populistischen Sünden“ des auserwählten Volkes sprechen, zu denen es von falschen Anführern angestiftet wird. Michael Walzer, *Exodus und Revolution*, Frankfurt a. M. 1995.

Zu diesem Typ populistischer Politik gehört auch die Suche nach „Sündenböcken“, die nicht selten in gesellschaftlich marginalisierten, häufig als fremd erfahrenen oder so apostrophierten Gruppen besteht.²¹ Populismus besteht hier darin, religiöse Praktiken der Entsühnung auf die Politik zu übertragen, freilich eher um sie symbolisch zu nutzen als dass an die reinigende und erneuernde Kraft des versöhnenden Opfers tatsächlich geglaubt wird. Populismus ist in diesen Fällen ein Spiel mit der Semantik wie Praktik des Opfers, die dessen Effekte einstreichen will, ohne sich auf seinen heiligen Ernst einzulassen. Zum jüngeren Populismus gehört fast immer ein xenophobes Element,²² das sich auf Migrantenruppen richtet, die für die als krisenhaft wahrgenommenen Ereignisse und Entwicklungen verantwortlich gemacht werden: Würde der Zuzug von Migranten begrenzt oder deren Assimilation erzwungen, wäre die Krise beendet – so die (rechts)populistische Verheißung. Erneut stoßen wir hier auf das bereits beobachtete Problem des Populismusbegriffs, nämlich seine Abhängigkeit von nicht explizierten Hintergrundannahmen. Wer eine bestimmte Politik als populistisch kritisiert bzw. einen negativ verstandenen Populismusbegriff verwendet, geht davon aus, dass die Faktoren und Gruppen, die für die Krisenhaftigkeit von Entwicklungen verantwortlich gemacht werden, damit nur wenig oder gar nichts zu tun haben. Hier würden nur Stimmungen bedient, und es werde von den eigentlichen Problemen abgelenkt, lautet die im Hintergrund dieser Begriffsverwendung stehende Annahme. Tatsächlich habe die Strategie der Konstruktion von Sündenböcken keine krisenbewältigende Wirkung. Populismus ist demnach eine Krisenreaktionsform, die einer objektivierenden Betrachtung nicht standhält.

Damit aber taucht ein Problem wieder auf, das die Beschäftigung mit dem Populismusbegriff durchgängig begleitet: Wer verfügt über die Kriterien der Objektivierung, und auf welcher Grundlage wird festgelegt, was eine reale Entwicklung und was bloße Stimmung ist? Wer unterscheidet, ob die für die Krisenentwicklung verantwortlich Gemachten deren tatsächliche Verursacher oder eben bloße „Sündenböcke“ sind, die für etwas herhalten müssen, wofür sie nichts können? In Deutschland ist diese Frage zuletzt anlässlich der Bezeichnung von Hedge Fonds als „Heuschrecken“ aufgetaucht: Verwüsten Hedge Fonds wirtschaftlich blühende Landschaften und lassen eine kahlgefressene Ödnis zurück? Oder werden sie für etwas verantwortlich gemacht, mit dem sie

21 Zur Funktion des Sündenbocks, des versöhnenden Opfers und der durch sie bewirkten Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung vgl. René Girard, *Das Heilige und die Gewalt*, Frankfurt a. M. 1992, passim; sowie ders., *Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie einen Blitz. Eine kritische Apologie des Christentums*, München 2002, S. 193–201.

22 So auch Roland Sturm, der festhält, es scheine für den Rechtspopulismus der Einsatz für die wahren Interessen des eigenen Volkes nicht ohne die dezidierte Grenzziehung zu den Anderen, den Fremden, den Ausländern möglich. Roland Sturm, *Das Urteil* steht vor dem Argument. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. Februar 2000, S. 11.

allenfalls peripher zu tun haben? War die Heuschreckenmetapher Franz Münterfers also populistisch, oder handelte es sich dabei um eine treffend verbildlichte Ursachenbeschreibung? Da eine objektivierende Betrachtung nur im Rückblick möglich ist, stellt sich sogleich auch die Frage, wie groß eigentlich der zeitliche Abstand sein muss, damit Krisenreaktionsformen als populistisch oder aber als sachgerecht beurteilt werden. Da bei der Verwendung eines negativen Populismusbegriffs im politischen Kampf das zeitliche Abstandsgebot nicht eingehalten werden kann, insofern der Begriff in unmittelbarer Reaktion auf die politischen Parolen oder Handlungsvorschläge der Gegenseite zu deren Desavouierung eingesetzt wird, handelt es sich hier eher um einen politischen Kampfbegriff als um einen wissenschaftlichen Terminus. Populismus als politischer Kampfbegriff stellt gleichsam die andere Seite des distanziert-objektivierenden Populismusbegriffs dar, um dessen Präzisierung und Konkretisierung sich die bisher angestellten Überlegungen gedreht haben: Ein prinzipiell negativ akzentuierter Populismusbegriff ist Bestandteil des politischen Kampfes, mit dem die Vorschläge und Anregungen der Gegenseite als oberflächlich und unrealisierbar abqualifiziert werden. Wo Populismus dagegen als wissenschaftlicher Begriff Verwendung finden soll, muss dessen hier mehrfach herausgestellte Ambivalenz deutlich werden.

Es genügt also nicht, wenn man mit Roland Sturm zu dem Ergebnis kommt, dass es sich beim Populismus um einen plakativ-polemischen Begriff handle, den man nur schwer von demokratischen Politikstrategien unterscheiden könne.²³ Als Merkmal des Populismus jenseits seiner spezifischen Positionierung im politischen Kampf macht Sturm eine allgemeine Institutionen- und Verfahrensfeindlichkeit aus und identifiziert als Adressaten populistischer Vorschläge und Parolen nicht die „mobilisierungsbereiten Massen“, sondern die „anständigen Bürger“, die gerade wegen ihrer Anständigkeit und Korrektheit in den politischen Verteilungskämpfen notorisch den Kürzeren zu ziehen glauben und sich in der Gefahr sehen, zu den Ausgenutzten und Ausgebeuteten der Gesellschaft zu werden. Populismus, wie Sturm ihn beschreibt, setzt mit seinen Gerechtigkeitsforderungen und Ungerechtigkeitsanzeigen weniger auf der Ebene der gesellschaftlichen Ordnungen als bei den staatlichen Umverteilungsmaßnahmen an. Gleichzeitig hat Sturm den Populismus als Kritiker des politischen Normalbetriebs beschrieben, eines Betriebs, der in institutionellen Arrangements und nach geregelten Verfahren stattfindet. Populistische Akteure misstrauen beidem, den Institutionen wie den Verfahren, und bezeichnen diese häufig als Teil der Krise. Sie bestreiten den Routinen des demokratischen Staates den Anspruch, zur Lösung des Problems beitragen zu können, und beschreiben sie als Teil des Problems.

Mit dieser Kritik an Institutionen und Verfahren bringt Sturms Definition des Populismus diesen in die Nähe revolutionärer Positionen; um zu diesen wieder-

23 Ebd.

rum Distanz herzustellen, identifiziert Sturm die „anständigen Bürger“ (und nicht die „mobilisierungsbereiten Massen“) als die Adressaten populistischer Politik. Diese Gegenüberstellung ist jedoch nur auf den ersten Blick plausibel, denn bei genauerer Betrachtung stellt sich die Frage, worin eigentlich das Kriterium für die Unterscheidung zwischen Massen und Bürgern besteht. Die Gegenüberstellung von Massen und Bürgern dürfte allenfalls im Blick auf konkrete Konstellationen plausibel sein, während sich bei einer allgemeineren Betrachtung die Frage stellt, ob nicht die Massen auch aus sich als „anständig“ begreifenden Bürgern bestehen können bzw. ob die sich so verstehenden Bürger nicht auch Massenbewegungen bilden können. Allenfalls auf der Grundlage einer bestimmten Revolutionstheorie ließe sich behaupten, der Populismus sei eine Form der Mobilisierung des Bürgertums, nachdem die bürgerlichen Revolution längst stattgefunden habe, also eine Massenmobilisierung ohne revolutionäre Perspektive, weil diese zwischenzeitlich auf andere Klassen der Gesellschaft übergegangen sei. Damit aber wird der Populismusbegriff an noch anspruchsvollere Voraussetzungen gebunden, als dies bei den oben beschriebenen demokratietheoretischen Hintergrundannahmen der Fall ist. Jedenfalls muss eine solche Definition auf noch voraussetzungsvollere Evolutionsmodelle zurückgreifen, als dies in Hauke Brunkhorsts Theorie der evolutiven Demokratieentwicklung der Fall ist.

Was in Sturms Definitionsbemühungen jedoch sehr deutlich hervortritt, ist das im Populismus zum Ausdruck kommende Misstrauen gegenüber der Problemlösungs- und Krisenbewältigungsfähigkeit bestehender Institutionen und eingeübter Verfahren, kurzum gegenüber der Leistungsfähigkeit der politischen Ordnung und ihre Routinen. Als populistisch zu bezeichnende Bewegungen sind vor allem dann zu beobachten, wenn die herkömmlichen Autoritäten erodieren und die bestehenden Institutionen nicht mehr das leisten, was sie zuvor geleistet haben, bzw. die Anforderungen an diese Institutionen größer geworden sind, als sie deren herkömmliche Leistungsfähigkeit zu bewältigen vermag. In solchen Konstellationen treten Eliten und Einzelpersonen hervor, die sonst durch die Institutionen „konsumiert“ und durch die Verfahren mediatisiert werden. Die Einbindung der Eliten in Traditionen und Routinen schwindet, und der Mantel der Autorität, der sie bisher umhüllt hat, öffnet sich.²⁴ Aber die Eliten bzw. einzelne Personen aus ihnen werden nicht bloß sichtbar, sondern sind nun auch als Problembewältiger gefordert. Der zuvor durch die Institutionen und Verfahren kanalisierte Erwartungsdruck richtet sich nun unmittelbar auf die Eliten. Sie müssen reagieren, kommunizieren, Stärke zeigen und handeln – und zu diesen Möglichkeiten gehört auch das Ensemble der populistischen Reaktionsweisen. Es ist der Versuch, bei der Lösung der Probleme, mit denen die alten Institutionen und herkömmlichen Verfahren überfordert sind oder überfordert scheinen,

24 Vgl. Herfried Münkler, Vom gesellschaftlichen Nutzen und Schaden der Eliten. In: ders./Grit Straßenberger/Matthias Bohlender (Hg.) Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt a. M. 2006, S. 25–45, hier insbes. 31 f.

die Unterstützung „des Volkes“ oder zumindest von Teilen dessen zu bekommen. Populismus ist hier also das Gegenteil von Elitismus oder Aristokratismus, bei dem die Eliten die Probleme allein zu bearbeiten versuchen und auf jedwede Unterstützung „von unten“ verzichten. Neben dem tribunizischen Bewegungspopulismus und dem Besänftigungspopulismus demokratischer Parteien begegnen wir hier einem Elitenpopulismus, in dem Parolen und Versprechungen zum Ersatz für Institutionen und Verfahren werden.

Die Ambivalenz des Populismus, von der hier immer wieder die Rede ist, resultiert politikgeschichtlich daraus, dass die Unterstützung „von unten“ unterschiedliche Folgen zeitigen kann: Sie kann dazu führen, dass sich „das Volk“ seiner Macht und Bedeutung bewusst wird, an der politischen Einflussnahme Gefallen findet und sie zu verstetigen sucht, dass es sich also dauerhaft in den Arenen der Politik festsetzt; es kann aber ebenso sein, dass „das Volk“ auf die Rolle eines bloßen Unterstützers, einer lautstarken Claque beschränkt bleibt, die gelegentlich in Stellung gebracht wird, in Wahrheit aber nichts zu sagen und zu melden hat. Populismus kann also zum Einstieg in eine Entwicklung zur Demokratie oder zur Republik werden, er kann im Hinblick auf die tatsächliche Machtlagerung aber auch folgenlos bleiben, indem er nur dazu dient, das Volk ruhig zu stellen, und schließlich kann er auch den Übergang in die tyrannische Machtausübung durch einen Einzelnen darstellen. Davon mehr, wenn es um die Suche nach den Spuren des Populismus in der Geschichte geht.

Als Resümee dieses Abschnitts ist festzuhalten, dass der Populismus, wenn man ihm historische Tiefe verleiht und ihn nicht auf Entwicklungen beschränkt, die erst im 20. Jahrhundert in Lateinamerika und in Mitteleuropa und schließlich, wenngleich nur von kleineren Parteien instrumentiert, in Westeuropa aufgetreten sind,²⁵ mit der Sichtbarwerdung der gesellschaftlichen Eliten und einem daraus resultierenden Riskantwerden ihrer sozio-politischen Position verbunden ist. Das kann dazu führen, dass innerhalb der Elite bestehende Gegensätze bedeutungslos werden und die Elite gegenüber den neuen Herausforderungen geschlossen Front bezieht. Unter diesen Umständen ist es unwahrscheinlich, dass sich die Elite auf eine populistische Politik einlässt, insofern dies mit unkalculierbaren Risiken für den eigenen Führungsanspruch verbunden ist. Sie wird eher eine elitistische Krisenlösung bevorzugen. Es kann aber auch sein, dass die Krise der überkommenen Führungsarrangements, der Institutionen und der in ihnen gepflegten Verfahren die Gegensätze verschärft und dies zur Spaltung der

25 Auf diesen Ausschnitt sind die meisten politikwissenschaftlichen Arbeiten zum Populismus beschränkt; vgl. etwa Frank Decker (Hg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006; Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hg.), *Populismus an der Macht. Populistische Rechtsparteien in West- und Osteuropa*, Wien 2005; Florian Hartleb, *Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*, Wiesbaden 2004; Nikolaus Werz (Hg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003; Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster 2011.

alten Elite führt. In dieser Situation wächst die Wahrscheinlichkeit, dass eine Faktion der alten Elite die bislang von den Entscheidungen ausgeschlossene breite Masse zu mobilisieren sucht, um sich mit ihr als Bündnispartner gegen die konkurrierende Faktion durchzusetzen. Diese Entscheidung für eine populistische Politik stellt eine der zentralen Weichenstellungen in der europäischen Politikgeschichte dar.

IV. Faktionskämpfe und Populismus in der Antike und im Spätmittelalter

Im antiken Griechenland kam es seit dem 8. vorchristlichen Jahrhundert zu einem Kampf konkurrierender Adelsfaktionen um Macht und Herrschaft, in dessen Verlauf einige dieser Faktionen sich mit dem Volk verbündeten, um den Sieg über ihre Konkurrenten davonzutragen.²⁶ Dabei gingen sie offenbar davon aus, das Volk sei ein Knüppel, den man benutzen könne, um sich gegen seine Gegner durchzusetzen, der danach aber auch wieder ohne Weiteres weggelegt werden könne. Jedenfalls scheint die Überzeugung vorgeherrscht zu haben, das Volk werde keinerlei Eigensinn entwickeln, sobald es in diesen Machtkampf hineingezogen sei, sondern sich nach der Entscheidung des Konflikts wieder auf seine ursprüngliche Position zurückstutzen lassen. Das war jedoch, wie in ähnlich gelagerten späteren Fällen, ein folgenreicher Irrtum. Dass diese Rechnung nicht aufging, dürfte auch damit zusammengehangen haben, dass sich die Kämpfe zwischen den Adelsfaktionen über längere Zeiträume hinzogen. Gleichzeitig kam es in der kleingliedrigen Landschaft Griechenlands, wo keine großräumigen Herrschaftsgebilde entstehen konnten, sondern sich ein Pluriversum politisch selbständiger Städte entwickelt hatte, zu Kämpfen zwischen den Städten, in denen neben den adligen Kriegern zunehmend auch das Bürgeraufgebot eine wichtige Rolle spielte. Infolgedessen musste das Volk immer wieder zu Hilfe gerufen werden, und so lernte es sein Gewicht und seine Bedeutung kennen; es gewöhnte sich daran, im Kampf um die Macht die entscheidende Rolle zu spielen, und so kam es, dass die Anführer des Volkes, die sich mit der Zeit aus der zunächst umstrukturierten und führungslosen Masse herausgebildet hatten, auch von den zunächst volksfeindlichen Faktionen um Hilfe gebeten wurden. Daraus erwachsen politische Optionen, und das Volk bzw. seine Anführer konn-

26 Zu den politischen Kämpfen des 8. und 7. vorchristlichen Jahrhunderts und der Verwandlung von Gefolgschaften des Adels in ein selbstbewusstes Bürgertum vgl. Tuttu Tarkianen, *Die athenische Demokratie*, München 1972, S. 59 ff., weiterhin mit einem starken Akzent auf der Verarmung der Bauern Werner Dahlheim, *Die Antike. Griechenland und Rom*, Paderborn 1994, S. 61 ff. sowie Christian Meier, *Kultur um der Freiheit Willen. Griechische Anfänge - Anfang Europas?*, München 2009, S. 786 ff. und 137 ff.

ten sich entscheiden, auf wessen Seite sie sich am Kampf um die Macht beteiligten.

Wer Optionen hat, lernt schnell, dass er für die Seite Partei ergreifen sollte, die ihm am meisten zu bieten vermag – sei es, weil sie zuverlässig ist und sich an Absprachen hält, sei es, weil sie bessere Angebote macht als die Gegenseite und das Volk bzw. dessen Anführer auch nach dem Sieg dauerhaft an der Machtausübung zu beteiligen verspricht. So verwandelte sich „das Volk“ aus der Gefolgschaft einer bestimmten Adelsfaktion oder Adelsfamilie in einen selbständigen Akteur, der eigene Interessen hat und sich immer besser selbst zu organisieren vermag. Diese Transformation hat über einen Zeitraum von mehr als einem Jahrhundert stattgefunden, und dabei hat es immer wieder auch Rückschläge gegeben, weil sich innerhalb des Volkes Interessengruppen bildeten, die von den Adelsfaktionen gegeneinander ausgespielt werden konnten. Letzten Endes dürfte vieles vom Zufall abgehangen haben, der in der einen Polis dazu führte, dass sich das Volk, also zunächst die mittleren Schichten, gegen die Adelsfaktionen durchsetzte, während es in der anderen Polis dem lokalen Adel gelang, die relevanten Gruppen des Volkes hinter sich zu versammeln und sich so an der Macht zu behaupten. Zufall – das konnte bedeuten, dass das Volk einen tatkräftigen Führer hatte, der die verschiedenen Gruppen zusammenhielt und sich nicht in das Macht- und Interessengeflecht einer Adelsfaktion einbinden ließ; es konnte aber auch heißen, dass die Austragung der inneren Konflikte nicht durch das Auftauchen mächtiger äußerer Feinde blockiert wurde; schließlich konnte der Zufall darin bestehen, dass die Feindschaft innerhalb des Adels tief und dauerhaft war und es nicht zu einer Koalition der mächtigen Familien gegen das Volk kam.

Wie auch immer: Was als populistische Strategie einer Adelsfaktion im Kampf um die Macht begonnen hatte, bei der man seiner zusammengewürfelten Gefolgschaft für den Fall des Sieges besondere Versprechungen machte, konnte unter günstigen Umständen einen Prozess in Gang setzen, an dessen Ende die politische Ermächtigung des Volkes stand, bei der sich also eine neue Verteilung der Macht herausbildete, die wir seitdem als Demokratie, Herrschaft des Volkes, bezeichnen. Die antike Demokratie ist, um es zugespitzt zu formulieren, das Ergebnis einer aus dem Gleis geratenen populistischen Strategie, mit der eine Gruppe von Mächtigen versucht hatte, den Kampf um die Herrschaft über eine Stadt und ihr Umland für sich zu entscheiden. Athen ist zu dem in der europäischen Ideengeschichte paradigmatischen Modell dieser Entwicklung geworden.²⁷ Diese Entwicklung ist gerade im athenischen Fall alles andere als gradlinig verlaufen, sondern es kam auch hier, wie in vielen Städten der griechisch besiedelten Mittelmeerwelt, zwischenzeitlich zur Entstehung einer Tyrannis, bei der einer, der in den Kämpfen der Adelsfaktionen hochgekommen war und sich

27 Dazu Christian Meier, Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte, Berlin 1993, insbes. S. 108 ff.

einen entsprechenden Ruf erworben hatte, die gesamte Macht an sich riss, das Volk, das ihn unterstützt hatte, mitsamt den Adligen entwaffnete, sich statt dessen mit einer treu ergebenen Söldnertruppe umgab und von nun an nach eigenem Gutdünken und ohne Beratung mit seinen Mitbürgern über diese herrschte.²⁸ Der Aufstieg eines solchen Tyrannen ist, wie man bei Aristoteles nachlesen kann,²⁹ häufig mit Hilfe einer populistischen Strategie erfolgt: Einer hatte dem Volk Versprechungen gemacht, das Volk hatte ihm vertraut, und mit einem Mal hatte sich der vorgebliche Volksfreund in einen herrschsüchtigen Tyrannen verwandelt. In der Regel hat das Volk aus solchen Entwicklungen gelernt und nach dem Sturz des Tyrannen Vorkehrungen dafür getroffen, dass sich eine solche Entwicklung nicht wiederholte. Der Ostrakismos, das Scherbengericht, war eine davon, und in ihm wurde das Volk befragt, wem man das Streben nach tyrannischer Macht zutraute. Wer die meisten Stimmen erhielt, wurde aus der Stadt verbannt. Es war also nicht ratsam, sich durch populistische Vorschläge und Maßnahmen in den Vordergrund zu spielen, weil man dann mit Verbannung rechnen musste. Die Verfassungsgeschichte Athens ist nicht geeignet, Platons Auffassung zu bestätigen, wonach eine Demokratie nur politische Zuckerbäcker hervorzu bringen vermöge.

Eine in vieler Hinsicht analoge Entwicklung hat sich im Verlaufe des 13./14. Jahrhunderts in den oberitalienischen Kommunen zugetragen, wo es ebenfalls zur Formierung von Adelsfaktionen kam, die gegeneinander um die Macht in den Städten kämpften und von denen einige sich in diesem Machtkampf populistischer Strategien bedienten.³⁰ Bei der Entstehung dieser Adelsfaktionen haben der Kampf zwischen Kaiser und Papst und die Spaltung der großen Familien Italiens in Guelfen (propäpstlich) und Ghibellinen (prokaiserlich) eine große Rolle gespielt. So brachen innerhalb der Städte, aber schon bald auch zwischen den Städten Kämpfe aus, in denen die Parteinahme des Volkes für eine der beiden Seiten zum ausschlaggebenden Faktor wurde. Letzten Endes unterlagen die Ghibellinen in diesem Kampf, weil sie die konservativere Linie verfolgten und sich auf keine populistische Strategie einlassen wollten, wie sie von den Guelfen in wachsendem Maße praktiziert wurde. Mit der Niederlage der Ghibellinen und dem Sieg der Guelfen waren die Konflikte, die sich immer wieder zu Kriegen und Bürgerkriegen gesteigert hatten, aber keineswegs zu Ende. Nun zeigte sich nämlich, dass viele Städte nur darum eine propäpstliche, also guelfische Position bezogen hatten, weil sie sich davon eine größere Unabhängigkeit gegenüber der höheren Macht (dem Papsttum) versprochen hatten. Und so kam

28 Ausführlich und verschiedene Entwicklungsstränge miteinander vergleichend Helmut Berve, *Die Tyrannis bei den Griechen*, 2 Bände, München 1967; zur Tyrannis des Peisistratos in Athen vgl. Meier, Athen, S. 95 ff.

29 Aristoteles, *Politik*, III. Buch, Kap. 14.

30 Aus der Fülle der einschlägigen Literatur vgl. Berthold Stahl, *Adel und Volk im Florentiner Dugento*, Köln/Graz 1965; sowie Werner Raith, *Florenz vor der Renaissance. Der Weg einer Stadt aus dem Mittelalter*, Frankfurt a. M. 1979, S. 28–53, 69 ff. und 106 ff.

es schon bald zu neuerlichen Kämpfen um die Ausgestaltung der neu errungenen Unabhängigkeit. Niccolò Machiavelli hat diese Entwicklung in seinen *Istorie Fiorentine* detailliert beschrieben.³¹ Dabei ist er zu dem Ergebnis gelangt, dass die politischen Spaltungen in Florenz nicht auf die Formierung von Adelsfaktionen beschränkt blieben, sondern schon bald auf „das Volk“ übergriffen. So kamen zu den vertikalen Gefolgschaftsverbindungen der Adelsfaktionen die horizontalen Interessensverbindungen der sozialen Schichten und Klassen hinzu, was die inneren Auseinandersetzungen verschärfte und in Machiavellis Augen dafür verantwortlich war, dass Florenz nie zu einer vergleichbar robusten republikanischen Ordnung fand wie Rom, das ihm als Vorbild bei der Herstellung stabiler und dennoch flexibler Strukturen diente.³² Für die hier zu erörternde Frage nach der Ambivalenz populistischer Strategien in der Realgeschichte und deren Reflexion in der Ideengeschichte ist interessant, dass Machiavelli populistische Strategien nicht nur in den Auseinandersetzungen der Adelsfaktionen beobachtet hat, sondern auch in den anschließenden Kämpfen zwischen den verschiedenen Klassen und Interessengruppen des Volkes. So haben in der Periode der Zunftherrschaft in Florenz die Vorsteher der Zünfte um die potentielle Macht der Massen von Wollentucharbeitern gewusst und sie mit Versprechungen und kleinen Beteiligungen an Macht und Wohlstand ruhig zu stellen versucht. Mit Ausnahme des Ciompi-Aufstandes ist ihnen das auch gelungen.³³ Populistische Politik kann also auch von Teilen des an die Macht gelangten *populus* betrieben werden, sobald diese sich als eine Elite begreifen, die den Rest der Gesellschaft zufrieden stellen und ruhig halten muss.

Die parallele Betrachtung beider Fallbeispiele für Perioden eines forcierten Populismus, das vorklassische Griechenland und das spätmittelalterliche Oberitalien, zeigen Gemeinsamkeiten wie unterschiedliche Effekte einer populistischen Politik. Zunächst zu den Gemeinsamkeiten: In beiden Fällen handelte es sich um traditionelle Eliten, die unter dem Eindruck politischer wie sozio-ökonomischer Veränderungen sich an der Macht zu behaupten versuchten, indem sie Schichten, die davon bislang strikt ausgeschlossen waren, in das Machtspiel involvierten, dabei zunächst aber keineswegs die Absicht hatten, diese Schichten dauerhaft an der Machtausübung zu beteiligen. Gemeinsam ist beiden Fällen weiterhin, dass die herkömmlichen Eliten zum überwiegenden Teil nicht in Burgen und festen Häusern auf dem Lande, sondern in Städten lebten, wo sie ihren Wohnsitzen zwar einen wehrhaften Charakter verleihen konnten, sich

31 Niccolò Machiavelli, *Geschichte von Florenz*. Mit einem Nachwort von Kurt Kluxen, Zürich 1986, insbes. Buch II und III.

32 Dazu Herfried Münkler, Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz, Frankfurt a.M. 1982, S. 329 ff. und 369 ff.

33 Hierzu nach wie vor unverzichtbar: Alfred Doren, *Studien zur italienischen Wirtschaftsgeschichte*, Band 1: Die florentinische Wollentuchindustrie vom 14. bis zum 16. Jahrhundert, Berlin 1901; Band 2: Das florentinische Zunftwesen vom 14. bis zum 16. Jahrhundert, Berlin 1908.

aber sowohl mit ihren elitären Widersachern als auch mit dem „Volk“ in einer räumlichen Nahbeziehung befanden. Die Vulnerabilität des städtischen Adels ist also um ein Vielfaches höher als die des Landadels, und das forcierte die Suche nach Verbündeten. Schließlich gab es hier – im Unterschied zum burgengestützten Landadel – auch nicht die Möglichkeit einer Dämpfung der Konflikte, indem sich ein Großteil der Elite aus dem Konflikt zwischen zwei Familien heraushielt und ihn auf diese Weise begrenzte, sondern aus der Enge des städtischen Raumes erwuchs ein Zwang zur Parteinahme; es gab keine Möglichkeit des Abwartens und Zuschauens, und daraus entwickelten sich Entscheidungszwänge und Eskalationsdynamiken, in denen die „populistische Versuchung“ sehr bald zu einer Politik des Populismus wurde, was zur Involvierung immer größerer Teile des Volkes in den Kampf um die Macht führte.³⁴

Bei der Beobachtung dieser Konflikte und der Rolle, die populistischen Strategien in ihnen zugekommen ist, zeigen sich aber auch Unterschiede, von denen vor allem einer für die unterschiedlichen Effekte des Populismus verantwortlich ist: Der *agonale Populismus*, bei dem immer wieder aufs Neue größere Gruppen des Volkes in den Kampf um die Macht involviert werden, setzt einen Prozess in Gang, der mit großer Wahrscheinlichkeit zu politischen Strukturen führt, in denen vielen, die bislang vom politischen Betrieb ausgeschlossen waren, weitgehende Teilhaberechte zugestanden werden. Die populistische Strategie setzt hier also einen Prozess der Teilhabeausweitung in Gang und führt in einen Fall zu Entstehung des weltgeschichtlichen Novums der Demokratie, im anderen zur Wiederherstellung von Republiken mit einer mehr oder weniger breiten Machtlagerung (*governo largo* – *governo stretto*). Komplementär dazu lässt sich hier aber auch der bereits erwähnte *Pazifizierungspopulismus* beobachten, bei dem gegenüber den unteren Schichten und Klassen mit Versprechungen und kleinen Wohltaten gearbeitet wird, um sie von der politischen Macht (die in den hier behandelten Fällen immer auch soziale und wirtschaftliche Macht mit umfasst) fernzuhalten oder ihnen nahezu legen, dass dies für sie ein auf Dauer zu anstrengender und sorgenreicher Platz sei, den wieder freizugeben eine Erleichterung und Wohltat sei. Dieser Pazifizierungspopulismus hat vor allem in der Zerfallsphase der athenischen Demokratie und in der Niedergangsperiode der oberitalienischen Stadtrepubliken eine wichtige Rolle gespielt. Im Zentrum dieses Populismus stand das Versprechen von Sicherheit und Wohlergehen, die man haben werde, wenn man sich aus der Politik zurückziehe und sie dem neuen Herrn überlasse: in Athen dem makedonischen König Philipp und seinen Nach-

34 Ein weiteres Fallbeispiel ist die Geschichte Roms, bei der es der herrschenden Elite über längere Zeit gelang, populistische Zugeständnisse in institutionelle Formen zu gießen – unter anderem auch in die Position des Volkstribunen, der jedoch, ebenso wie der Demagoge im antiken Griechenland, von seiner modernen Variante zu unterscheiden ist. Zur Verarbeitung dessen in der römischen Historiographie und Literatur vgl. Isabell Lorey, *Figuren des Immunen. Elemente einer politischen Theorie*, Zürich 2011, insbes. S. 25–82. Lorey geht es um die Formierung der Plebejer im politischen Kampf.

folgern und in Florenz den Herzögen aus der Familie Medici.³⁵ Populismus ist hier eine Strategie der Entpolitisierung, die politische Partizipation durch persönliche Sicherheit, gelegentliche Unterhaltung und die Aussicht auf einen benevolenten Herrscher ablöst.

Es ist diese in der Geschichte immer wieder anzutreffende Ambivalenz des Populismus, die zu seiner eingangs beklagten unterschiedlichen Bewertung durch Kommentatoren wie Wissenschaftler geführt hat. Diese Ambivalenz lässt sich nicht durch eine noch so ambitionierte Definition zum Verschwinden bringen. Sie ist vielmehr ein konstitutives Merkmal des Populismus, weswegen es auch nicht ratsam ist, den Begriff ohne entsprechende Rückversicherung in der Politik- wie Ideengeschichte zu verwenden.³⁶ Dem entgegengesetzten Ratschlag, man solle den Populismusbegriff wegen seiner Ambivalenz meiden und am besten gänzlich aus der politischen Wissenschaft streichen, ist aber nicht zu folgen. Gerade in der Ambivalenz des Populismusbegriffs reflektiert sich die Offenheit und Unausgemachtheit politischer Strategien, dazu die Rolle von Zufällen, die erst mit größerem historischem Abstand genauer beschrieben werden können. Statt den Populismusbegriff zu meiden oder ihn nur mit spitzen Fingern anzufassen, sollte die Politikwissenschaft darum bemüht sein, unterschiedliche Vorstellungen und Ausgänge, die mit ihm verbunden sind, zu markieren und sich daran zu erinnern, dass Strategien und Prozesse, Absichten und Ergebnisse nicht dasselbe sind.

35 Dazu Claude Mossé, *Der Zerfall der athenischen Demokratie (404–86 v. Chr.)*, Zürich 1979; John N. Stephens, *The Fall of the Florentine Republic 1512–1530*, Oxford 1983.

36 Zu den wenigen Büchern, die dabei als Wegbegleiter dienen können, vgl. Richard Faber/Frank Unger (Hg.), *Populismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 2008; sowie Karin Priester, *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt a. M. 2007.